

ROTTENFRUCHT

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint jeden Montag nachmittags. Abbestellung frei vom monatlich 6 RM. Durch die Post monatlich 6 RM. ohne Zustellungsgebühr. Verlag v. Gustav Fischer, Postfach 42, D. 42, Fernruf 1047. Gedruckt 7-5 Uhr. Schriftleitung: Fernruf 1045. Erscheinung 12-11 Uhr

Der Anzeigenpreis beträgt 60 Pf. für den Millimeter Höhe und Spalte; 250 Pf. für die Zeile, einschließlich an den beizugählenden Zeilen. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr eintreffen, größere tags vorher. Postfachkonto: Leipzig 100848 Fritz Krosch, Halle

Einzelpreis 30 Pf.

Halle, Dienstag, den 20. September.

1. Jahrgang • Nr. 220

Nasgeier über Sowjet-Rußland.

Die Krise in der SPD.

Die neue Aktion Frankreichs gegen Sowjet-Rußland.

Das französische Finanzkapital wartet schon seit Jahren auf eine günstige Gelegenheit, um seine Herrschaft in Rußland auszuüben. Die französischen Kapitalisten fanden hinter Kollontaj und Tschin, hinter Berling und Tschin, die Führer der russischen Weltrevolution ins Feuer, damit die erneuerte russische Monarchie der Kaiserkrone der Pariser Sicherheitskonferenz werden sollte. Die operative Aufgabe der russischen Roten Armee hat bisher alle weltgerichtlichen Angriffe zum Scheitern gebracht. Nach und nach ist die Front in den Kampf gekehrten Völkern haben im Jahre 1920 ihr Ziel nicht erreicht.

Die gegenwärtige Hungersnot in Sowjet-Rußland, die alle Kräfte der Weltmacht in Anspruch nimmt, hat nun aber bei den kapitalistischen Mächten neuen Appetit erweckt. Erneut sollen die Völkern an die Front, und die Russen sollen ihnen zur Seite stehen. Seit Monaten ist französisches Kriegsmaterial in Massen der Wardarow wie der Entarteter Regierung zugeführt worden. Aber die politische Herrschaft ist müde und unsicher geworden. Die grau vor der Wirtschaftskrise im eigenen Land, und sie wagt es nicht recht, ihr verwerfliches Volk in ein neues Kriegsgeschick zu führen. Da hat nun Frankreich den erfindungsreichen Völkern die Sporen in die Hand gegeben. Frankreich hat am 2. September an die polnische Regierung eine Note gerichtet, die den Völkern eine scharfe Kampfkampfung gegen Sowjet-Rußland verlangt. Die Note betont ausdrücklich, daß Polen nur dann auf die Unterstützung Frankreichs in der oberirdischen Frage rechnen könne, wenn es seine Politik gegenüber Rußland völlig der französischen Politik anpaßt, die den Augenblick für die Entfaltung großer Aktivitäten kommen sieht. Die Tatsache, daß diese Note abgelehnt worden ist, steht vollkommen fest. Auch der bürgerliche Berliner Presse sind diesbezügliche Mitteilungen aus Wien zugegangen. Eine entsprechende Note haben die französischen Erzieher an Rumänien gerichtet.

Die polnische Herrschaft, die von Paris hoffnungslos abhängig ist, hat nach einigem Zögern den Befehl ihres Vorgesetzten befolgt. Am 14. September hat bereits der polnische Gesandte in Moskau dem Bolschewikischen Tschinoff eine Note überreicht, die feststellt, daß die Sowjetregierung die Bedingungen des Nizhny-Beitrages in seiner Fülle erfüllt habe. Polen stellt eine Reihe von Forderungen auf, die spätestens bis zum 1. Oktober angenommen sein sollen, und die Note fügt hinzu, die Verantwortung für einen eventuellen Abbruch der diplomatischen Beziehungen würde allein die russische Regierung tragen.

Genau hinstellen sich die Nachrichten über rumänisch-russische Grenzverhältnisse. Die Rechte der Branzevaler werden aus Konstantinopel nach Besarabien gebracht. Es sollen in rumänischer Unterordnung in die Ukraine vorziehen. Der rumänische Kriegsminister hat sich am 11. September an die bessarabische Grenzbegegnung. Neben den Pariser Antifreien sind auch gewisse englische Kapitalisten an einer Verberberung der russischen Monarchie direkt interessiert. Das Schwert der dieser Kräfte ist in London die „Times“, es ist sehr besorgend, wie in diesem Blatt in letzter Zeit häufig Sensationsmeldungen über russische Wirtschaftskrisen bekannt aufgefunden. So wollte man den Völkern überreden, um dann einen kommenden russisch-polnischen Krieg als politische Notwehr darstellen zu können! Das famose Hilfskomitee des Herrn Kowens und die Zerkungnahme der englisch-französischen Kapitalistenpresse zur Hungersnot in Sowjet-Rußland gehören ebenfalls hierher.

Die offizielle Politik Frankreichs und Japans, ebenso einflussreiche Unterhändler der englischen Regierung sind an dem neuen Komplot gegen Sowjet-Rußland beteiligt. Schwerverständlich ist es auch die russische Westpolitik nicht. Sie haben wieder die gleiche verurteilte, nach Russen auszusenden. Der Held der russischen Gegenrevolution ist jetzt der Bandenführer Semow in Ostasien. Am 12. August hat — wie der „Daily Herald“ mitteilen vermag — in Sofia eine Konferenz russischer Monarchisten stattgefunden, die beschlossen hat, die russischen Monarchisten aufzubieten, damit sie an einem Feldzug gegen Sowjet-Rußland von Konstantin aus teilnehmen können. Der japanische Gesandte in Konstantinopel, Herr Kowal, hielt den Bemühten Semow und seinen westeuropäischen Freunden. In Berlin erhebt der bekannte Oberst Freiberger, dessen Name im Zusammenhang mit dem mysteriösen Dokumentenbroschur viel genannt wurde, für Semow. Und in gleichem Sinne wies Herr Marlow, der Leiter des russischen Monarchistenorgans von Weidenbach.

Für das internationale Proletariat erwächst aus diesen Tatsachen eine Aufgabe von entscheidender Wichtigkeit. Schon seit der Umfassung der russischen Hungersnot in Westeuropa bekannt wurde, konnte man selbst in den USA und SPD-Verbindungen äußern finden, die eine tatsächliche Sorge um Sowjet-Rußland offenbaren. Selbst die engbrüstigen rechtssozialistischen Führer empfinden in diesem Augenblick, was die Existenz Sowjet-Rußlands für die Arbeiterklasse bedeutet.

Das gesamte Proletariat Europas muß in gefolgsamer Front aufstehen, um den neuen Angriffen gegen Rußland zu begegnen. Das Proletariat Englands wie Frankreichs ist da in erster

Linie zum Handeln berufen. Aber auch die bauliche Arbeiterklasse muß auf dem Völkern sein. Keine Transporte von Truppen und Kriegsmaterial gegen Sowjet-Rußland dürfen Deutschland passieren! Mit verstopften Eisen muß die Arbeiterkraft die Hilfsaktion für Sowjet-Rußland unterstützen, um die lähmende Notlage der russischen Arbeiter- und Bauernrepublik möglichst schnell zu beheben.

Wenn das Proletariat aller Länder für Sowjet-Rußland kämpft und Sowjet-Rußland hilft, so kämpft es für sich selbst und hilft es sich selbst!

Was das französische Kapital sich aus Rußland holen will.

Von französischer amtlicher Seite werden die Forderungen veröffentlicht, die das imperialistische Frankreich an Rußland zu haben glaubt.

Aus Anleihen der Kriegsausgaben stammen 4 Milliarden Mark. Dazu kommen nach dem Stand vom Januar 1914:

Direkte öffentliche Schulden	8,8 Milliarden Rubel
Staatsgarantirte Anleihen	2,5 Milliarden Rubel
zusammen: 11,3 Milliarden Rubel.	

Diese Summe hat nach dem Vortragskurs einen Wert von fast 33,5 Milliarden Francs. Die russischen Proletarier haben, als sie die Macht im Staate ergriffen, die Last abgelehnt, die ihnen der französische Imperialismus zusammen mit ihrer Bourgeoisie auf die Schultern gepackt hatte. Jetzt schickt der französische Kapitalismus seine Vasallen, Polen und Rumänien, den neuen gegen Rußland vor, um die russischen Arbeiter- und Bauern hoch nach unter das Joch zu jagen, damit sie die verlorengegangenen Milliarden mit Zins und Zinseszins bald noch zahlen.

Die Möglichkeit eines neuen Krieges.

Wien, 20. September. Der ukrainische Präsident meldet aus Kiew: Die Sowjetregierung hat über die ganze Ukraine den Kriegszustand verhängt. In zahllosen Plätzen wird der Bevölkerung die Möglichkeit eines neuen Krieges angekündigt.

Ein mysteriöser Schuß.

Lüdenscheid, 19. September. Während der geliebten Abendverhandlung des Parteitag der Deutschen Volkspartei in der Zeughalle wurde von Kowen durch ein Fenster ein Revolverkugeln auf die Rednertribüne abgefeuert. Der Abgeordnete Stresemann hatte seinen die Tribüne verlassen und dem Abgeordneten Dr. Jung den Platz überlassen. Der Schuß ging fehl.

Wir geben aber noch nicht fest, wenn wir annehmen, daß diese Schießerei eine abgeleitete Komödie der reaktionären Wokkuben ist, die damit ihre Schandaktion gegen links verurteilen wollen.

Was wird mit Kahr?

Ueber die Frage, was der bayerische Innenminister Kahr anfangen wird, ob er wieder in die bayerische Regierung eintritt, über von außen zu wählen gedacht, nicht sich die bayerische Presse vorläufig nach einem Mitarbeiter hin. Gemeinhin wird behauptet, Herr von Kahr habe in einem Brief an den Landesausführer der bayerischen Volkspartei seine Kandidatur als Ministerpräsident ausdrücklich abgelehnt, andererseits behauptet die „Bayerische Zeitung“, er habe sich zur Annahme des Ministerpräsidentenpostens bereit erklärt unter der Bedingung, daß die von den Koalitionsparteien beschlossenen Vorschläge für Berlin den beizugehen, von ihm gezeichnet, Julo erhalten: „Sobald es die Verhältnisse erlauben“. Fest steht also zu sehen, daß Kahr nicht bloß die Absicht hat, die bayerische Regierung wieder zu übernehmen, sondern daß er gleichzeitig wichtige Verbindungen der Richtung seiner reaktionären Bestrebungen stellen wird. Was wird die unheilvolle Reichsregierung tun? Die sozialdemokratische „Münchener Post“ hat erfahren, daß der Abgeordnete Kahr bei seinem Besuch in Berlin, der Reichstag, gehabt hat, daß Kahr einmündig habe, unter den aktuellen Bedingungen wieder zurückzuführen. Gleichzeitig bezieht die Möglichkeit, daß Kahr den Völkern eines neuerschaffenen bayerischen Staatspräsidenten übernimmt. Schon jetzt triumphiert die „Münchener Zeitung“, „Sollte die Reichsregierung die Erklärung (!) und Jeltung“, „Sollte die Reichsregierung die Erklärung (!) und Jeltung“, „Sollte die Reichsregierung die Erklärung (!) und Jeltung“, „Sollte die Reichsregierung die Erklärung (!) und Jeltung“.

Silke für Sowjet-Rußland.

Die Gemeinde Wülshberg (Kreis Torquay) bewilligte auf Antrag der kommunistischen Gemeindevorstandsreferat, 1000 Pf. für die Wülshbergsilke. Die Bürgerlichen wollen gegen diesen Beschluß bei der nächstbisherigen Sitzung Einspruch erheben, weil für die Oberirdischen-Silke nur 500 Pf. bewilligt wurden.

Wir begrüßen die Entschlossenheit der Wülshberger Arbeitervertreter, die allen Wülshbergsilken des Bürgertrums Trost bieten und das Geld dem Komitee Arbeiterhilfe für Sowjet-Rußland abliefern wollen.

Was die Amerikaner in Sowjet-Rußland feststellen. Der Londoner Korrespondent der „New York Times“ berichtet über die Entwürfe, welche die Vertreter des amerikanischen Hilfskomitees in Rußland gewonnen haben: Der amerikanische Senat hätte feststellen können, daß die Amerikaner mit der bolschewistischen Regierung arbeiten, daß sie unter deren Regime größere Ordnung herrsche, als unter dem alten Regime, besonders zur Zeit von Hungersnöten, bei denen es unter dem zaristischen Regime zu Aufständen bewegungen kam.

K. B. Am Sonntag begann in Götting ein Parteitag der SPD, dessen Ergebnisse vielleicht von außerordentlicher Bedeutung für die weitere Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung sein werden. Dem Parteitag sind Debatte über das zukünftige Programm der SPD, über die Frage einer Regierungskoalition mit der Volkspartei und über das Verhalten der sozialdemokratischen Abgeordneten voranzugehen, die die verschiedenen Gegenstände aufzählen. Und wenn man zwischen den Zeilen lesen kann und weiß, was in den Mitgliederlisten der SPD vorgeht, dann kann man feststellen, daß die SPD sich in einer Krise befindet. Wo Mitgliederlisten der SPD, zu dem ersten Programmratungszug genommen haben, da haben sie ihre andere Auffassung hauptsächlich in der Forderung nach mehr Klassenkampf zum Ausdruck gebracht. In der Frage der Regierungskoalition ist ohne Zweifel die große Mehrheit der sozialdemokratischen Arbeiter eine Koalition mit der Stinnespartei, jedoch prominente SPD-Führer wie Ernst Thälmer, Kretzer, Hochmayer und andere für die Koalition sind. Und in den letzten Wochen häuften sich die Proteste und Verurteilungen gegen die SPD, die direkt oder indirekt durch die Forderungen Kritik an der Politik der Ministerien genossen haben. Es ist kein Zufall, sondern ein Symptom für die Stimmung eines großen Teiles der sozialdemokratischen Arbeiterklasse, wenn der Sozialdemokratische Verein Frankreichs gemeinsam mit der USK und AP eine Anwendung der Ebert-Verordnung ausschließlich gegen rechts fordert.

Was ist der Kern dieser Gegenstände, die Ursache dieser Krise? Die bisherige Koalitionspolitik hat die sozialdemokratischen Arbeiter von einer Enttäufung in die andere gejagt. Diese Enttäufungen in Verbindung mit der immer elender werdenden wirtschaftlichen Lage sind es ohne Zweifel in der Hauptsache, die die kritische Einstellung der sozialdemokratischen Arbeitermassen gegenüber der Regierungskoalition mit den bürgerlichen Parteien herbeigeführt haben. Aber diese gegenwärtige Einstellung der sozialdemokratischen Arbeitermassen ist es nicht allein, was uns veranlaßt, zu behaupten, daß die SPD sich in einer Krise befindet. Wichtig ist, daß jede weitere Koalitionspolitik die Sozialdemokratie mit Verantwortung für Dinge belasten würde, die derartig das Proletariat in seiner politischen und wirtschaftlichen Lage treffen, daß die bisherige Geburt „im Interesse des Volkswohls“ zusammenbrechen muß. Die Politik der Koalitionregierungen seit der Novemberrevolution war schon immer von den Interessen der Bourgeoisie bestimmt. Das Ergebnis ist der Neuaufbau ihres politischen Machtapparates und die Vertiefung fast aller „Gesellschaftlichen der Novemberrevolution“. Nur der Aufstandstag ist übrig geblieben. Das alles geschah und konnte nur geschehen in Arbeitsgemeinschaft mit der Sozialdemokratie und hinter einer offenen Front gegen die revolutionäre Arbeiterklasse. Jeder dieser Politik war die sogenannte Mitte: Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten. Das, was auf dieser Basis erreicht werden konnte, ist schon seit einiger Zeit erreicht und das Erreichte fordert nun seine Konsequenzen. Die nächsten Schritte, die das Interesse der Bourgeoisie nach Lage der Dinge erfordert, müssen sein: Beilegung des Aufstandstages, Streikverbot, schwere Steuerbelastung, kurz: Verabreichung der verfalligen Massen zum Geleitentum, auch mit allen Mitteln der Gewalt. Das bedeutet eine Kampfanlage gegen das gesamte Proletariat. Bevor der Verantwortung für diese Konsequenzen, die die Gefahr des Zusammenbruchs der Sozialdemokratie als Massenpartei einschließen, steht ein großer Teil der SPD-Führer noch zurück. Hier liegt die Wurzel für diese Krise der SPD.

Die SPD-Führer möchten den Konsequenzen der Ergebnisse der bisherigen Koalitionspolitik ausweichen. So haben sie schon viele Monate lang die sogenannte Schlichtungsordnung, die in Wirklichkeit ein Antrittsgeld ist, und den Geleitentwurf über „Regelung der Arbeitszeit“, durch den der Achtundtagsentwurf eingeleitet werden soll, hingehalten, um einer Koalition in die andere, von einem Parlament in das andere. So machen sie im Lande gegen die Steuererhöhungs Agitation, für die ihre eigenen Regierungsmänner mitverantwortlich sind. Aber die Entwicklung läßt sich nicht aufhalten. Die Demokraten und das Zentrum wollen die politische Gestaltung und die Zukunft der SPD hat. Inner der Führerschaft der SPD, aber gibt es tragend eine sehr starke Gruppe — darunter fast alle gewählten oder amtierenden Minister —, die für die Koalition mit der Volkspartei ist. Der erste Entwurf für das neue Programm, der von Vertretern dieser Gruppe ausging, war

